

Einkommen ohne Grund

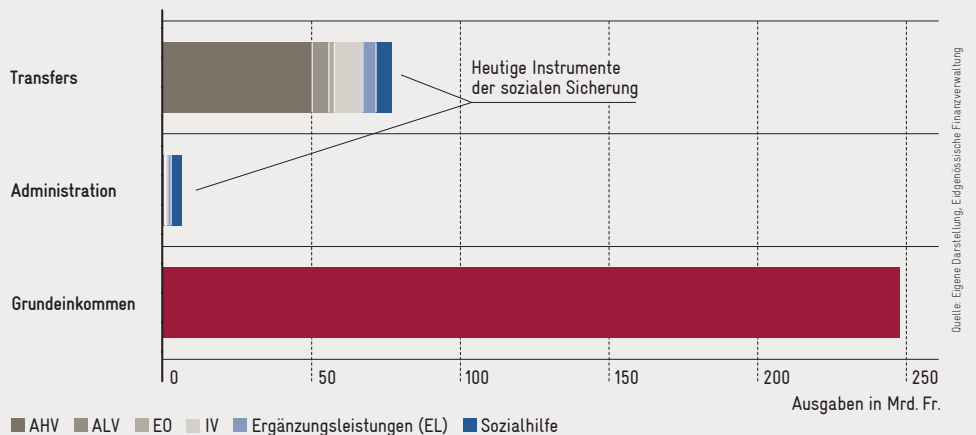
Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist illiberal, unsozial und ungerecht. Es würde genau jene gesellschaftliche Spaltung vorantreiben, vor der ausgerechnet dessen Befürworter warnen.

Ausgangslage

Über das BGE wird immer wieder debattiert – obwohl das Volk die Einführung eines solchen 2016 klar abgelehnt hat. Den Initianten schwebten damals 2500 Fr. monatlich an alle erwachsenen Personen vor. An die Entwicklung der Nominallöhne angepasst, entspräche das heute 2650 Fr., woraus sich jährliche Versprechen von 248 Mrd. Fr. ergäben. Doch wozu eigentlich?

Die Schweiz hat mit der Sozialhilfe schon heute ein Grundeinkommen. Nur dass dieses nicht bedingungslos ist – und zwar aus gutem Grund. Jede soziale Sicherung befindet sich nämlich im Trilemma: Finanzierbarkeit, Niveau der Mindestsicherung und Arbeitsanreize. Ohne Bedingungen lässt sich in diesem Trilemma kein Optimum finden.

Verdreifachung der Ausgaben für die soziale Sicherung



Liberaler Befürworter des BGE argumentieren, dieses ermögliche eine Reduktion der administrativen Kosten. Doch der Durchführungsaufwand (6 Mrd. Fr.) für die bisherigen Instrumente (77 Mrd. Fr.) verblasst angesichts eines BGE von 248 Mrd. Franken pro Jahr.

Facts

52%

Ein BGE im genannten Umfang entspräche mehr als der Hälfte des gesamten bisherigen Lohnvolumens (474 Mrd. Fr.). Dieses Geld würde der Bevölkerung also nicht mehr gekoppelt an eine Arbeitsleistung zuteil, sondern unabhängig davon.

■ Finanzierung über Mehrwertsteuer:

Müsste ein strikt unabhängig vom Erwerbseinkommen ausbezahltes BGE durch die Mehrwertsteuer finanziert werden, wäre eine Erhöhung des regulären MwSt.-Satzes auf 61% notwendig. Die ausgelöste Inflation würde das BGE sofort entwerten.

■ Finanzierung über Lohnabgaben:

Müsste ein solches BGE über Lohnabgaben finanziert werden, wären – auch bei Überführung bisheriger Sozialabgaben und -steuern ins BGE – für jeden verdienten Franken zusätzlich 37 Rappen ins Grundeinkommenskässeli einzuzahlen.

■ Finanzierung über Mikrotransaktionssteuern:

Dass mit einer solchen Steuer 248 Mrd. Fr. (oder auch nur ein Bruchteil davon) aus dem Hut gezaubert werden können, ist völlig illusorisch angesichts einer Wertschöpfung des gesamten Finanzsektors von bloss 71 Mrd. Franken.

■ Nicht additiv, sondern auffüllend:

Würde das BGE nur auffüllend – «was fehlt für 2650 Fr. pro Monat?» – ausbezahlt werden, wäre es zwar vorerst finanzierbar, hätte aber desaströse Arbeitsanreize für die Teilzeitarbeit und alle Niedriglohn-Arbeitnehmenden.

Schlussfolgerungen

Das BGE ist **illiberal**, weil es die Verantwortung zur Bestreitung des Lebensunterhalts auf die Allgemeinheit abschiebt. Und es ist **unsozial und unfair**, weil es nicht zwischen Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen unterscheidet. In der Folge dürften sich über kurz oder lang immer mehr Menschen aus dem Erwerbsleben

verabschieden, womit die **Wertschöpfung sänke**, womit wiederum **weniger Geld für das BGE** zur Verfügung stünde. Das erlaubt **keinen stabilen gesellschaftlichen Zustand**. Die Herausforderung unserer Zeit ist es im Gegenteil, weiterhin möglichst vielen Menschen die Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen.

